Dr. Thomas Gebhart

- (A) große ökologische wie auch ökonomische Chance. In Deutschland haben viele Unternehmen erhebliche Anstrengungen unternommen, die Ressourceneffizienz zu steigern. Dieser Punkt wird weiter an Bedeutung gewinnen. Der effiziente Umgang mit knappen Ressourcen wird künftig noch mehr über unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheiden, und Effizienztechnologien werden sicherlich zu den Wachstumstechnologien von morgen zählen.

Gerade weil wir darin diese Chancen sehen, begrüßen wir ausdrücklich, dass die Bundesregierung ein nationales Ressourceneffizienzprogramm, ProgRess, vorlegt. Damit gehen wir ganz konkrete Schritte. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es nicht darum geht, die Wirtschaft in irgendeiner Weise zu bevormunden, sondern es geht darum, Win-win-Situationen zu erkennen und diese auch tatsächlich zu nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich nenne drei Punkte, die in diesem Zusammenhang wichtig sind und die wir auch in unserem Antrag, der heute vorliegt, aufgreifen.

Der erste Punkt: Forschung und Entwicklung. Technologische Innovationen sind ein wesentlicher Schlüssel zu mehr Ressourceneffizienz. Deshalb fordern und wollen wir, dass in den Forschungsprogrammen noch stärker als bisher auf diesen Aspekt Rücksicht genommen wird.

- (B) Der zweite Punkt: Wir wollen darauf hinwirken und unterstützen, dass die Ressourceneffizienz in der Normung stärker berücksichtigt wird. Dabei müssen wir den gesamten Produktlebenszyklus im Auge behalten, nicht nur den Ressourceneinsatz in der Herstellungsphase, sondern auch die Nutzungsphase und die Entsorgungsphase.

Der dritte Punkt: Wir stärken die Kreislaufwirtschaft, und wir stärken das Recycling. Mit dem neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz werden wir weiter in diese Richtung gehen. Wir werden künftig mehr Rohstoffe aus dem Abfall in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Insgesamt werden wir damit weiter zur Schonung unserer Ressourcen beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man dies zusammennimmt, ist klar: Wir steigern die Ressourceneffizienz. Das ist für uns ein elementarer Baustein. Wir nehmen diese Herausforderung konsequent an und nutzen damit die Chancen, die in diesem Bereich liegen. Auch deswegen bitte ich Sie, heute dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen, zunächst unter Tagesordnungspunkt 26 a zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf

- der Drucksache 17/7353 mit dem Titel „Wirtschafts- und Außenpolitik für eine sichere Rohstoffversorgung – Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und den Partnerländern“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das Erstere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung unter Tagesordnungspunkt 26 b über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Für eine gerechte und entwicklungsförderliche internationale Rohstoffpolitik“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/7151, den Antrag der Fraktion Die Linke abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch diese Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Ich komme zu Zusatzpunkt 2. Hier wird interfraktionell die Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 17/3817 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Ich vermute, dazu besteht Einvernehmen. – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt 4 a bis c sowie den Zusatzpunkt 3:

- 4 a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) (D)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten endgültig stoppen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Libyen endgültig stoppen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Syrien endgültig stoppen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) **Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Tunesien endgültig stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Oman stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Jemen stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Vereinigten Arabischen Emirate stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- (B) **Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Marokko stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Libanon stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Kuwait stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Jordanien stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Bahrain stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Katar stoppen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Algerien stoppen**
- Drucksachen 17/5935, 17/5936, 17/5937, 17/5938, 17/5939, 17/5940, 17/5941, 17/5942, 17/5943, 17/5944, 17/5945, 17/5946, 17/5947, 17/5948, 17/5949, 17/5950, 17/6335 –
- Berichterstattung:
Abgeordnete Ulla Lötzer
- (D)
- b) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
- Keine Liberalisierung von Rüstungsexporten – Für die Einhaltung und Stärkung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik**
- Drucksache 17/7336 –
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Hans-Christian Ströbele, Tom Koenigs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Rüstungsexporte nicht zu Lasten von Menschenrechten genehmigen**
- Drucksache 17/6931 –
- ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Agnes Malczak, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Den Rüstungsexportbericht 2010 unverzüglich vorlegen und künftig ausführlicher gestalten**
- Drucksache 17/7355 –
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Auswärtiger Ausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir über die 16 Anträge der Fraktion Die Linke, den Antrag der Fraktion der SPD sowie den ersten der Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diesen Tagesordnungspunkten namentlich auf einem gemeinsamen Stimmzettel abstimmen werden. Nach diesen Abstimmungen wird das Plenum für voraussichtlich eine Stunde unterbrochen, um der Fraktion Die Linke Gelegenheit zu geben, in einer Fraktionssitzung Themen zu beraten, die mit Blick auf ihren morgigen Parteitag nicht zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden können. – Dazu gibt es offenkundig Einvernehmen, sodass Sie sich darauf bitte schon einstellen können. Danach wird die Tagesordnung in der vereinbarten Weise fortgesetzt.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zu den gerade aufgeführten Tagesordnungspunkten eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen, und wir können so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Dr. Martin Lindner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Wir haben uns schon daran gewöhnt, dass wir uns ungefähr jedes Vierteljahr erneut mit diesem Thema beschäftigen. Immer wieder erstaunt dabei die Teilamnesie bei zumindest erheblichen Teilen der Opposition, wenn sie suggeriert: Seitdem Schwarz-Gelb regiert, seien Rüstungsexporte insbesondere in die heute hauptsächlich interessierende Region dramatisch gestiegen.

- (B) In der Diskussion vor der Sommerpause hatte ich den Eindruck, Sie wären satt. Aber Sie sind es immer noch nicht. Deswegen will ich Ihnen neuerlich vorhalten, welche Exporte zu Ihren jeweils wechselnden Regierungszeiten erfolgten. Deutsche Rüstungsexporte nach Tunesien zum Beispiel erreichten im Jahr 2005 mit einem Wert von über 33 Millionen Euro einen Spitzenwert. So viele Exporte von Rüstungsgütern nach Tunesien gab es weder davor noch danach.

(Klaus Barthel [SPD]: Was danach war, wissen Sie!)

Libyen 2007 – damals regierte auch die SPD, Herr Barthel –: 23 Millionen Euro. Das war damals einsame Spitze. Ich gehe davon aus, dass das noch zu rot-grüner Regierungszeit genehmigt wurde.

Ägypten ragt mit über 22 Millionen Euro im Jahr 2004 besonders heraus. Was den Jemen angeht, war 2006 mit 4 Millionen Euro einsame Spitze.

Ich bitte Sie angesichts dieser Zahlen, ein wenig maßvoller und demütiger mit dem Thema umzugehen, als es in den vorliegenden Anträgen der Fall ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Exportiert wurde die komplette Palette. Bahrain erhielt 1999 Kriegsschiffe und Patrouillenboote. Das hat die CSU-Landesgruppe alles wunderbar zusammengestellt; Sie können sich das anschauen. Vielleicht zeigen Sie dann in Ihrem nächsten Antrag, den ich um die Weihnachtszeit herum oder im Januar erwarte, ein wenig mehr Realismus und halten Rückschau auf die eigene Regierungszeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie dieses schwierige Thema seriös behandeln wollten, dann müssten Sie sich zu dem immer wieder repetierten Vorhalt, das Parlament sei zu wenig einbezogen und müsste sogar darüber hinaus über einen bestimmten Ausschuss in Einzelentscheidungen eingebunden werden, fragen, ob Sie das wirklich sinnvoll finden können und was Sie zu Ihren jeweiligen Regierungszeiten daran gehindert hat, genau dies zu tun.

Es ist völlig ausgeschlossen, in einem so schwierigen Umfeld, in dem es um Diskretion geht, die Nachrichtensituation von Geheimdiensten auszuwerten ist und bilaterale Absprachen zu treffen sind, klares exekutives Handeln ins Parlament zu bringen. Das werden wir nicht mitmachen. Wir haben seit der Aufklärung eine sich entwickelnde und seit über 150 Jahren in demokratischen Staaten festgelegte klare Trennung zwischen exekutivem und legislativem Handeln. Hier geht es um exekutives Handeln, und dabei wird es auch bleiben.

(Beifall bei der FDP)

(D) Der nächste Punkt: Selbstverständlich sind auch diese Regierung und die Koalition nicht für einen restriktionsfreien Handel mit Rüstungsgütern. Natürlich ist auch in dieser Regierung das Thema Menschenrechte ein wesentliches Kriterium bei der Ausfuhr von Waffen. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Es ist nach den damals von Rot-Grün festgelegten Regularien nicht das ausschließliche Kriterium, sondern ein wesentliches. Als Allererstes geht es um die sicherheitspolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland und unserer Verbündeten.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Saudi-Arabien!)

– Ja, Saudi-Arabien, Herr Heil. Das ist eine schwierige Situation.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Reden Sie mal mit Herrn Genscher darüber!)

– Ja, aber seit Genscher haben sich die Zeiten gewandelt.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ja, die FDP!)

Vergessen Sie nicht, lieber Herr Heil, dass auch Helmut Schmidt schon Anfang der 80er-Jahre liefern wollte und nur durch die Intervention Israels daran gehindert wurde. Sie müssen wenigstens Ihre eigene Parteigeschichte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Erich G. Fritz [CDU/CSU] – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Möllemann!)

Dr. Martin Lindner (Berlin)

- (A) Es ist richtig gewesen, in dieser Frage die heutige Situation zu beachten. Die heutige Situation ist eine andere. Der Iran zeichnet sich als Hegemon in der Region ab. Es gibt eine Verschiebung der Achsen im Mittleren Osten. Dies zu verkennen, zeugt von ideologischer Blindheit.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Lindner, darf Ihnen der Kollege Ströbele eine Zwischenfrage stellen oder eine Bemerkung machen?

Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):

Selbstverständlich. Gerne.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Möllemann!)

– Wir können hier Kindergarten spielen, aber das bringt nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Herr Kollege. – Wenn wir schon in die Geschichte abschweifen, was auch gut ist – man kann manchmal aus alten Fehlern lernen –, möchte ich Ihnen vorhalten, dass es die FDP war, wenn ich mich richtig erinnere, die, als sie an der Regierung beteiligt war, die Entscheidung von Helmut Kohl, an Saudi-Arabien 36 Fuchspanzer zu liefern, mitgetragen hat.

(Jörg van Essen [FDP]: ABC-Spürpanzer!)

- (B) Können Sie sich daran noch erinnern?

(Jörg van Essen [FDP]: Es sind ABC-Spürpanzer gewesen!)

Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):

Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich würde das aber gar nicht abstreiten, Herr Kollege Ströbele. Die Kontinuität aller Regierungen bestand darin, restriktiv und maßvoll, aber auch unter Wahrung unserer sicherheitspolitischen und industriellen Belange Rüstungsgüter zu exportieren. Ihre Partei steht in dieser Kontinuität genauso wie die SPD, die CDU/CSU und die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Alle haben sich aus Verantwortung vernünftig verhalten und vernünftige Abwägungen vorgenommen. Wir, Herr Kollege Ströbele, drücken uns gar nicht vor dieser Verantwortung. Sie drücken sich. Sie waren damals im Fraktionsvorstand, Sie haben den Fraktionsvorstand damals nicht verlassen, und Sie haben die Fraktion nicht verlassen. Sie haben letztlich alle Rüstungsexporte der rot-grünen Bundesregierung mitgetragen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dann haben Sie sich hingestellt und gesagt: „Ich bin Ströbele!“, und nach außen den Eindruck erweckt, als hätten Sie mit den Grünen überhaupt nichts zu tun. Das kann man so machen, aber seriös ist etwas anderes.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU hat 1 Million bekommen!) (C)

Die CDU/CSU hat sich in diesen Fragen der Realität gestellt, wie es auch alle anderen Fraktionen, die seit 1949 an der Regierung waren, getan haben.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Mit Herrn Schreiber und Herrn Pfahls!)

Das Entscheidende für mich ist, dass man bei den Ausföhren darauf achten muss, dass man instabilen Ländern nicht eine Technologie verschafft, die sie möglicherweise in die Lage versetzt, zu einer Bedrohung in der Region zu werden. Auch diese Maßgabe wurde und wird nach meiner Kenntnis und nach allem, was ich in den Rüstungsexportberichten gelesen habe, immer eingehalten. Diese Regierung verhält sich verantwortungsbewusst. Auch alle bisherigen Regierungen haben sich verantwortungsbewusst verhalten. Die Opposition betreibt Populismus. Das ist der Unterschied.

Zum Schluss ein Blick auf die Rüstungsindustrie in Deutschland. Diese ist natürlich ein wesentlicher Faktor. Ich verweise jetzt nicht auf Arbeitsplätze oder Ähnliches.

(Klaus Barthel [SPD]: Die Arbeitsplätze sind Ihnen wurscht! Das ist schon klar!)

Es geht auch darum, uns ein Stück Unabhängigkeit im Wehrbereich zu erhalten. Es geht auch um die technologischen Neuerungen wie beispielsweise bei der Drohnentechnologie. Diese militärische Technologie wird natürlich einmal im zivilen Flugverkehr, zum Beispiel im Luftfrachtverkehr, eine Rolle spielen. Deswegen wäre es sträflich, eine Politik zu gestalten, die sich gegen unsere eigene Wehrindustrie richtet. (D)

Gefragt ist etwas anderes. Entscheidend ist, dass wir zu mehr Rüstungskooperationen in Europa kommen. Nach wie vor sehr unbefriedigend ist die national orientierte Wehrpolitik, insbesondere von Ländern wie Frankreich und Großbritannien. Diese zeigen in den Gemeinschaftsunternehmen, die wir ja haben, zu wenig Engagement und kümmern sich primär um ihre eigenen nationalen Rüstungsschmieden. Das hat zur Folge, dass die Stückkosten bei gesunkenen Wehretats exorbitant steigen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP):

Ich komme zum Schluss. – Dadurch ist der Druck auf diese Unternehmen zum Export überproportional hoch. Da ist eine sinnvolle Kooperation gefragt, die im Interesse dieses Landes ist. Das alles ist nichts für Populismus und Feldgeschrei, sondern etwas für seriöse Politik. Diese werden wir auch weiterhin machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Klaus Barthel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Barthel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der EU und der NATO sowie diesen gleichgestellte Staaten sollen nach dem Geist und vor allen Dingen den Buchstaben unserer Gesetze nicht die Regel, sondern die Ausnahme sein. Wenn man allerdings die Rüstungsexportpolitik der jetzigen Bundesregierung betrachtet, dann kann man nur zu dem Ergebnis kommen, dass Schwarz-Gelb diese restriktive Rüstungsexportpolitik früherer Jahre endgültig über Bord werfen will. Das ist es doch, worum es heute geht.

(Beifall bei der SPD – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Eben nicht! Die Zahlen wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen!)

Sie tut das offensichtlich in voreuseilendem Gehorsam gegenüber der Rüstungsindustrie. Wir haben gestern erlebt, dass die Unternehmen der Rüstungswirtschaft dem Verteidigungsminister eine klare Ansage gemacht haben: Wenn die Bundeswehr wegen der Reform und der knappen Mittel

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Waren Sie dabei?)

weniger kauft, dann erwartet man dafür Erleichterungen beim Export. Das kann es doch gerade nicht sein. Dann würden gerade die Kriterien, die unsere Gesetze ausdrücklich als nachrangig festschreiben, nämlich die wirtschaftlichen Interessen, zum Leitmotiv für Genehmigungsentscheidungen von Waffenexporten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir befürchten, dass uns gerade angesichts dieser Situation das Thema Rüstungsexport in nächster Zeit noch häufiger beschäftigen wird – Herr Lindner, da können Sie ganz beruhigt sein –, gerade wenn wir sehen, wie sich diese Bundesregierung hier wieder zum Büttel von kurzatmigen Lobbyinteressen zu machen scheint.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ah! – Jörg van Essen [FDP]: Unsinn! Schlichter Unsinn!)

– Ja, ja, schauen wir doch, was passieren wird.

Wir wollen aber auch mit einer Unterstellung, die dann kommt, gleich aufräumen: Es ist keineswegs so, dass uns Sozialdemokraten die betroffenen Unternehmen und die Beschäftigten egal sind. Ganz im Gegenteil, wir wollen die Betriebe, wir wollen das Know-how, wir wollen die technologische Leistungsfähigkeit und die Arbeitsplätze im Land halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Und wer soll die Sachen kaufen? Die Gemeindepolizei?)

Wir wollen aber aus leidvoller historischer Erfahrung die Exporte nur im Rahmen restriktiver Exportgenehmi-

gungspolitik, vor allem im Rahmen unserer außenpolitischen, menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Ziele, also ausdrücklich im Rahmen von strikten politischen Vorgaben, zulassen. **(C)**

(Beifall bei der SPD – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das ist alles Oppositionsschwätz!)

Wir wollen den Staat gegenüber den Rüstungsproduzenten nicht in einer Lage wie gegenüber den Banken sehen, nämlich in einer Situation von Erpressbarkeit und Abhängigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Klaus Breil [FDP]: Ist sie überhaupt nicht!)

Gerade die jüngsten Erfahrungen mit deutschen Rüstungsexporten müssen uns – nicht nur uns; das wundert mich eigentlich – und auch den letzten schwarz-gelben Hardliner doch zum Nachdenken bringen. Was ist das denn für eine Politik, die dazu führt, dass sich in Nordafrika, in Ländern der arabischen Halbinsel, aber zum Beispiel auch in Mexiko deutsche Waffen gegen die jeweilige Bevölkerung dieser Länder, gegen soziale und politische Opposition richten?

(Zuruf von der FDP: Was hat das mit diesem Thema zu tun? Zum Thema!)

Was sind denn Ihre Reden am Tag der Menschenrechte wert, wenn sich heute noch Koalitionspolitiker hinstellen und zum Beispiel Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien verteidigen? **(D)**

(Beifall der Abg. Uta Zapf [SPD] und Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was heißt es denn für die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik, wenn der Bundesaußenminister und der Bundeswirtschaftsminister jetzt hektische Reisen nach Ägypten und Libyen unternehmen und sich nach dem Sieg der dortigen Oppositionsbewegungen selber zum Sieger erklären, aber offensichtlich überhaupt kein Problembewusstsein dabei besitzen, dass es auch deutsche Waffen waren und vielleicht wieder sein werden, die zur Unterdrückung ebendieser Völker beigetragen haben?

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Jetzt wird es arg!)

Was ist es für eine Politik, die es zulässt, dass von den 25 Hauptabnehmerländern deutscher Waffen diejenigen sogar mehr abnehmen, die als Repressionsstaaten gelten? Diese Repressionsstaaten nehmen momentan genauso viele Waffen wie unsere Partnerländer in der NATO – USA, Frankreich, Großbritannien und Dänemark – ab. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es kann schon sein, dass es auch in der Vergangenheit Fehler gegeben hat,

(Lachen bei der FDP – Klaus Breil [FDP]: Eine lange Liste!)

Klaus Barthel

- (A) die von früheren Regierungen, auch mit sozialdemokratischer Beteiligung, gemacht wurden. Der Amnesty-Bericht über frühere Waffenlieferungen – er ist gerade für den Zeitraum 2005 bis 2009 erschienen – nach Nordafrika belegt das ja leider. Aber die Frage ist doch: Wollen wir diese Fehler fortsetzen und wiederholen, oder wollen wir daraus lernen?

(Lachen bei der FDP)

Das ist die Frage, die sich an die Koalition richtet.

Nach dem, was ich hier gehört habe, ist Schwarz-Gelb entschlossen, diese Fehler fortzusetzen. Zu den außenpolitischen Implikationen einer solchen Entwicklung wird nachher sicherlich mein Kollege Mützenich noch etwas sagen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Sieht das Ihr Fraktionsvorsitzender auch so?)

Ich möchte mich jetzt dem wirtschaftspolitischen Aspekt der Rüstungsexporte zuwenden. Die SPD kümmert sich sehr wohl um die Betriebe und die Arbeitsplätze. Aber wir wissen, dass es weder wünschenswert noch bezahlbar, noch sinnvoll ist, auf eine Beibehaltung aller Rüstungskapazitäten im derzeitigen Umfang oder gar ihre Ausweitung zu setzen. Das sollten auch die Vertreterinnen und Vertreter der Koalition heute ganz klar zugeben. Wer es ernst meint mit den Arbeitsplätzen, der muss sich Gedanken über andere Produkte und Marktsegmente machen. Viele Betriebe der Branche – auch in der Region, aus der ich komme – haben mehrfach bewiesen, wie intelligent und flexibel man in Märkte außerhalb des Rüstungsbereichs umsteigen kann. Mit dem Zivilgeschäft ist man, zum Beispiel in der Luftfahrt, oftmals viel besser gefahren als mit der Rüstungsproduktion.

(B)

Hier liegt die Verantwortung der Bundesregierung und der Koalition: Anstatt irgendjemanden an Panzer für Saudi-Arabien oder an U-Boote und Eurofighter für Griechenland glauben zu lassen, sollten sie klare und wahrhaftige Botschaften senden und den Strukturwandel unterstützen.

Wir reden derzeit – auch morgen werden wir wieder viel über dieses Thema hören – häufig über Staatsschulden und Finanzkrise. Am Beispiel der USA hat der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz den Zusammenhang von Rüstungs- und Kriegskosten mit der US-Staatsverschuldung aufgezeigt. Die Kosten des Irak- und Afghanistan-Krieges berechnete er 2008 mit rund 3 000 Milliarden US-Dollar. Er wies schon damals auf die Schulden-situation und ihre Folgen hin.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Brandl zulassen?

Klaus Barthel (SPD):

Aber sicher.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrter Herr Kollege, vor wenigen Monaten hat die SPD hier beantragt, dass wir im Parlament grundsätzlich über Voranfragen und Anfragen von Ländern in Bezug auf Rüstungsexporte beraten und auch im entsprechenden Ausschuss darüber abstimmen. Vonseiten der Industrie, aber auch von unserer Seite bestehen die Bedenken, dass, wenn wir die Beratung über derartige Voranfragen und Anfragen zum Gegenstand öffentlicher Debatten machen, überhaupt kein Rüstungsexport mehr stattfinden kann, weil die Länder nicht wollen, dass das Thema in der Öffentlichkeit ausgetragen wird. Wie sehen Sie das im Zusammenhang mit Ihrer Unterstützung der Industrie?

Klaus Barthel (SPD):

Ich wollte später noch darauf zu sprechen kommen, dass wir uns gerade mit der Frage der Transparenz und der Parlamentsbeteiligung in den nächsten Wochen befassen wollen. Dazu liegt heute auch ein Antrag der Grünen vor. Wir müssen gemeinsam darüber sprechen, wie das Parlament an solchen Entscheidungsprozessen beteiligt werden kann. Es gibt ja auch andere geheimhaltungspflichtige Dinge, die unter parlamentarischer Beteiligung stattfinden. Wir müssen sehen, wie in diesem Bereich mehr Transparenz geschaffen werden kann. Wir erleben ja gerade, wie notwendig das ist, um die restriktive Rüstungsexportpolitik aufrechterhalten zu können. Wir werden Ihnen mit Sicherheit Vorschläge dazu machen; da brauchen Sie keine Sorge zu haben. In den nächsten Wochen wird darüber zu reden sein. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle können wir doch feststellen, dass die Rüstungsexporte irgendwann immer öffentlich werden,

(D)

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Sicher!)

spätestens wenn der Bericht vorgelegt werden muss. Spätestens dann muss die Bundesregierung dem Parlament Begründungen liefern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann werden die Rüstungsexporte ohnehin diskutiert. Der Unterschied ist nur: In diesem Fall wird die Transparenz erst hergestellt, wenn es schon zu spät ist und wenn man keinen Einfluss mehr nehmen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Uns geht es darum, den Prozess rechtzeitig beeinflussen und rechtzeitig Druck auf die Regierung, welcher Koalition auch immer, ausüben zu können, damit die restriktive Politik in diesem Bereich aufrechterhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu den ökonomischen Zusammenhängen zurück. Mit Genehmigung der Präsidentin möchte ich den amerikanischen Nobelpreisträger Stiglitz zitieren. Er sagte in einem Interview mit der *Welt* am 10. März 2008:

Defizite sind ein Ärgernis,

– also die Defizite aus den Rüstungsgeschäften –

Klaus Barthel

- (A) weil sie am Ende Investitionen verhindern und Schulden anhäufen, die in der Zukunft beglichen werden müssen. Das schadet der Produktivität, weil für öffentliche Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur oder für private Investitionen in Maschinen oder Fabriken nur wenig übrig bleibt.

Das ist der Zusammenhang, Herr Lindner, mit dem wir es im wirtschaftlichen Bereich zu tun haben und den wir hier betonen müssen. Es geht um Arbeitsplätze und Wachstum in der Zukunft.

(Beifall der Abg. Petra Ernstberger [SPD])

Mit Blick auf die US-Immobilienkrise fuhr Stiglitz fort:

Jetzt, da wir über die Blase hinaussehen können, wird die vom Irak-Krieg verursachte wirtschaftliche Schwäche voll zutage treten. Und wir werden teuer dafür bezahlen – mit Zinsen.

Diese These hat er gerade erst wiederholt und aktualisiert.

Was hat das mit der Rüstungsexportproblematik zu tun? Ganz einfach: Nennen Sie bitte ein Land der Welt, das derzeit Rüstungsbeschaffung nicht auf Pump oder nicht zulasten anderer viel sinnvollerer Ausgaben finanzieren müsste! Nennen Sie ein Rüstungsexportgeschäft, das also nicht die Weltfinanzkrise verschärfen würde oder das nicht zulasten von Investitionen und Wohlstand gehen würde!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Was halten Sie von Berichten, wonach Frankreich vier Tarnkappenfregatten nach Griechenland liefern will und Deutschland womöglich dafür mit bezahlt? Sagen Sie uns, welche Geschäfte die Bundesregierung gerade genehmigen will!

Es ist doch in dieser Situation völlig absurd, wenn die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen erklärt:

Die Erschließung von Märkten durch die wehrtechnische Industrie ist eine unternehmerische Entscheidung.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist eine politische Bankrotterklärung sondergleichen. Der Markt soll es regeln.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb für die heutige Debatte einen Antrag mit zwei Hauptforderungen vorgelegt: erstens Beibehaltung der restriktiven Rüstungsexportpolitik und zweitens mehr Transparenz bei den Entscheidungen der Bundesregierung zum Beispiel durch Parlamentsbeteiligung. Dafür bitten wir Sie um Zustimmung.

Dem Antrag der Grünen – Stichwort Menschenrechte – stimmen wir selbstverständlich zu; denn er deckt sich in weiten Teilen, wenn auch nicht in jedem

Detail, mit unseren Vorstellungen. Das gilt auch für den Antrag zum Rüstungsexportbericht, den wir eigentlich gemeinsam einbringen wollten und der es wert gewesen wäre, in den nächsten Wochen im Rahmen einer eigenen Debatte hier behandelt zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei den 16 Anträgen der Linken enthalten wir uns,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sehr tapfer!)

weil wir diese Art der Rüstungsexportdebatte für wenig systematisch und zielführend halten. Eine solche auf Momentaufnahmen und Einzelanlässe bezogene Außenpolitik wird der Problematik, mit der wir es hier zu tun haben, nicht gerecht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist ein Anfang!)

Wenn wir böswillig wären, Frau Enkelmann, dann würden wir Sie fragen: Dürfen wir dann in alle Länder, die Sie in Ihren 16 Anträgen nicht nennen, womöglich liefern?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir sind nicht böswillig.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Klaus Barthel (SPD):

Deswegen werden wir Ihre Anträge nicht ablehnen und uns nicht dem Verdacht aussetzen, wir wären für Waffenlieferungen nach Nordafrika und in die anderen genannten Länder.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Klaus Barthel (SPD):

Frau Präsidentin, ich bin bei meinem letzten Satz. – Gerade heute brauchen wir ein klares Signal, dass es keine Liberalisierung und Aufweichung der Rüstungsexportpraxis geben darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der nächste Redner ist der Kollege Erich Fritz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Erich G. Fritz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Anträge von der SPD und den Grünen vorliegen. Es gibt auch eine Inszenierung; das sind die 16 Anträge von der Linken.

(C)

(D)

Erich G. Fritz

(A) (Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das übliche Kasperletheater!)

Es handelt sich deshalb um eine Inszenierung, weil Sie eine Wirkung erzielen wollen, die dem, was dahintersteht, gar nicht entspricht. Sie wollen nämlich den Eindruck erwecken, Deutschland habe die arabischen Länder mit Kriegswaffen sozusagen überschüttet. Diese Informationen geben die Anträge überhaupt nicht her. Dadurch wollen Sie die Debatte über eine sinnvolle Rüstungsexportpolitik und deren Zusammenhänge überdecken. Deshalb werden, so glaube ich, diese Anträge vom Rest des Hauses zu Recht abgelehnt.

Meine Damen und Herren, das Thema ist bisher Gott sei Dank nicht ganz so polemisch diskutiert worden, wie das sonst häufig der Fall ist; wenngleich Herr Barthel natürlich seiner Pflicht nachkommen musste, vergessen zu lassen, dass eigentlich alle im Hause, die an Regierungen beteiligt waren, eine Verantwortung getragen haben, die so einfach nicht zu tragen ist.

Wir wissen, dass Rüstungsexporte in einem Zusammenhang stehen mit eigenen militärischen Fähigkeiten, die in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa eine Rolle spielen und die auch im Bündnis eine Rolle spielen. Wir wissen auch, dass die Frage der Kooperation und der militärtechnischen Zusammenarbeit nicht unabhängig ist vom politischen Einfluss in einem Bündnis. Wir wissen, dass viele Fähigkeiten entwickelt werden, die beileibe nicht nur militärische sind. In Deutschland gibt es Schlüsselfähigkeiten – Sie haben es gesagt, Herr Barthel –, deren Zukunftschancen stärker auf der zivilen als auf der militärischen Seite liegen. Insofern ist ganz klar: Es handelt sich um einen Wirtschaftszweig, den man nicht lupenrein auf der einen oder der anderen Seite ansiedeln kann.

Mir geht es jetzt noch um die Frage, wie wir weiter mit diesem Thema umgehen. Man kann es so machen wie die Linke: Man kann das Ganze populistisch-emotional angehen, man kann es auch allein unter dem Aspekt „Menschenrechte“ betreiben. Das ist eine zulässige Form der Auseinandersetzung und Kampagne. Das Recht kann Ihnen keiner nehmen. Es hilft nur nichts; denn jede Regierung muss bei jedem Begehren eines Landes, bestimmte Ausrüstungen oder Waffen zu erhalten, eine Abwägung treffen. Die Entscheidungen werden für jeden Einzelfall getroffen; sie sind nicht pauschal. Man kann sich deshalb nicht davor drücken,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Es geht um Einzelfälle hier!)

sich klarzumachen, dass es in jedem dieser Einzelfälle – in einer ganz konkreten Situation – gilt, sowohl bündnispolitische als auch sicherheitspolitische, diplomatische, aber natürlich auch menschenrechtspolitische Gesichtspunkte in Einklang zu bringen. Diese Gesichtspunkte sind aber nicht immer in Einklang zu bringen.

Was mich heute dazu bringt, den SPD-Antrag abzulehnen und das auch meiner Fraktion zu raten, ist, dass dieser Antrag aus einer Haltung heraus geboren ist, die das Motto vertritt: Wir machen es jetzt ganz anders; al-

les, was wir vorher gesagt haben, interessiert uns jetzt nicht mehr. (C)

Ich möchte den Kollegen in allen Fraktionen noch etwas zum durchaus berechtigten Geheimhaltungsprinzip im Bundessicherheitsrat sagen: Nach meiner Auffassung kann man nicht jede Debatte, die sich mit anderen Ländern beschäftigt, öffentlich führen. Jeder weiß, dass das nicht geht. Wir tagen beispielsweise im Auswärtigen Ausschuss deshalb nichtöffentlich, weil wir genau wissen, dass es notwendig ist, solche Räume zu haben. Ich habe insofern nichts gegen die Nichtöffentlichkeit des Bundessicherheitsrates. Vielmehr halte ich sie für eine wesentliche Voraussetzung, um alle Informationen auf den Tisch zu legen und bestimmte Abwägungen überhaupt vornehmen zu können und nicht nur nach der öffentlichen Einschätzung handeln zu müssen.

Wenn ich dann aber fast wörtliche Abläufe von Sitzungen des Bundessicherheitsrates in der Presse lese und wenn ich das Gefühl habe, dass diejenigen, die dort entscheiden, sich auf der einen Seite auf die Geheimhaltung berufen, auf der anderen Seite aber von den Abgeordneten, die der Mehrheit angehören, verlangen, diese Entscheidung zu vertreten,

(Klaus Barthel [SPD]: Das Parlament ist schuld daran!)

dann ist das für einen Parlamentarier – unabhängig davon, in welcher Fraktion er sitzt – schwer erträglich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus Barthel [SPD]: Jetzt die richtigen Schlüsse ziehen!) (D)

Ja. Es ist doch ganz einfach, die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Der Bundestag und die Bundesregierung sind auch in Bezug auf andere Bereiche der Meinung, dass es besser ist, bestimmte Dinge unter Geheimschutz zu behandeln. Dennoch ist es möglich, das Parlament zu informieren. Ich weiß das aus den Gremien, in denen das der Fall ist. Bisher ist nur in den allerseltensten Fällen etwas an die Öffentlichkeit gelangt. Ich meine, dass wir eine Debatte dazu führen müssen. Denn mit der Rolle des Parlaments ist es nur sehr schwer vereinbar, die derzeitige Situation unverändert zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich sehe, dass sowohl bei meiner Fraktion als auch bei den Kollegen der FDP nicht alle klatschen. Ich glaube dennoch, dass man beide Seiten betrachten muss. Schließlich geht es darum, die Akzeptanz für notwendige Exporte aufrechtzuerhalten. Das Problem ist, dass immer nur eine Debatte zur emotionalen Seite der Auseinandersetzung geführt wird. Die eigentlichen Interessen Deutschlands und die Begründungen für die Exporte werden dagegen nicht öffentlich diskutiert. Da stimmt das Verhältnis nicht. Das ist vor allen Dingen in parlamentarischer Hinsicht nicht zu akzeptieren.

Herzlichen Dank.

Erich G. Fritz

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jan van Aken spricht jetzt für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan van Aken (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Amnesty International hat vor zwei Tagen diesen Bericht über Waffenexporte an arabische Länder vorgelegt. Ich kann Ihnen wirklich nur wärmstens empfehlen, ihn einmal anzuschauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bericht erinnert uns ganz drastisch daran, worum es hier tatsächlich geht: Es geht um Tod, um Zerstörung und um tausendfaches Leid. In dem Bericht wird zum Beispiel ein Bild eines Demonstranten in Ägypten gezeigt, der von Kugeln zersiebt auf der Straße liegt. Es wird auch berichtet, wie in Bahrain, in Syrien, natürlich in Libyen und in Ägypten Tausende von Menschen, die für ihre Freiheit auf die Straße gegangen sind, getötet wurden, und zwar von Waffen, die aus Europa, den USA und Russland geliefert worden sind. Deutschland war, was diese Lieferungen angeht, ganz vorne mit dabei – an vorderster Front sozusagen.

- (B) Ich möchte Ihnen einmal ein paar Zahlen zu den deutschen Rüstungsexporten der letzten zehn Jahre nennen: Genehmigungen für Exporte von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien in Höhe von 675 Millionen Euro, nach Bahrain in Höhe von 22 Millionen Euro, in den Jemen in Höhe von 12 Millionen Euro und nach Ägypten in Höhe von 268 Millionen Euro. Insgesamt haben Sie Exporte in Höhe von sage und schreibe 3,5 Milliarden Euro in die Länder im Nahen Osten und Nordafrika genehmigt. Ich finde das unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind alles Länder, von denen Sie genau wussten, dass sie die Menschenrechte verletzen und sich in einer Kriegs- und Krisensituation befinden.

Es gibt in diesem Bericht einen Lichtblick: Laut Amnesty International haben einige Länder wie Frankreich, Großbritannien, Spanien sowie weitere europäische Länder die Waffenexporte nach Bahrain eingestellt, weil die Demokratiebewegung dort so brutal niedergeschossen wurde. Was aber macht die Bundesregierung? Was macht Herr Westerwelle? Sie entscheiden, zusätzliche 200 Panzer nach Saudi-Arabien zu schicken. Sie haben nichts, aber überhaupt gar nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen es heute anders machen. Wir wollen, dass endlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird. Deswegen haben wir 16 Anträge vorgelegt, durch die die Waffenexporte in 16 Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas endgültig gestoppt werden sollen. Sie kön-

- nen sich heute entscheiden, ob Sie wirklich weiterhin Waffen an Menschenrechtsverletzer liefern wollen, oder ob Sie das nicht wollen. (C)

Sollten Sie sich wirklich dafür entscheiden, weiterhin an diese Länder zu liefern, würde ich zu gern einmal hören, wie Sie das Ihren Wählerinnen und Wählern erklären wollen. Denn die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist gegen Rüstungsexporte. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid hat vor zwei Wochen eine Umfrage gemacht, die ergeben hat, dass sich 78 Prozent der Menschen – mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung – grundsätzlich gegen jede Art von Rüstungsexporten aussprechen. Das geht quer durch die ganze Bevölkerung. Das gilt auch für die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU und FDP; denn von denen sind auch 70 Prozent gegen jede Art von Rüstungsexporten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie schon nicht auf Ihre eigene Moral hören, dann hören Sie wenigstens auf die Leute, die Sie in den Bundestag gewählt haben! Lehnen Sie die Rüstungsexporte endlich ab!

(Beifall bei der LINKEN)

Amnesty International spricht sehr deutlich und richtig von einem totalen Versagen der Rüstungsexportkontrollen. Da muss man sich doch fragen, woran es liegt. Ich möchte Ihnen dazu eine sehr erhellende Episode aus dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ des Bundestages erzählen. Anfang des Jahres, mitten im arabischen Frühling, gab es natürlich sehr kritische Nachfragen, übrigens auch von einem Abgeordneten der Union, wie es denn sein könne, dass deutsche Sturmgewehre an den Diktator Mubarak geliefert worden sind. Die lapidare Antwort der Bundesregierung war: „Es gab außenpolitische Interessen, die gegen die Menschenrechtsbedenken abgewogen wurden. Am Ende wogen die außenpolitischen Interessen schwerer. Deswegen wurde geliefert.“ Genau das ist das zentrale Problem der deutschen Rüstungskontrolle: (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die deutschen Rüstungsexporte werden nicht kontrolliert, sondern allenfalls verwaltet.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt zwar die viel zitierten Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Da steht sehr viel Gutes drin. Es wird von „Menschenrechten“, „Frieden“ und „nachhaltiger Entwicklung“ gesprochen, aber eben auch vom „außenpolitischen Interesse“. In der Praxis – das sehen wir immer wieder – verlieren die Menschenrechte jedes einzelne Mal gegen die außenpolitischen Interessen. Deshalb fordern wir von der Linken: Die unverbindlichen Politischen Grundsätze reichen nicht aus; wir brauchen gesetzliche Verbote.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Ihnen heute drei Vorschläge für sehr konkrete Verbote machen, mit denen wir es endlich schaffen

Jan van Aken

- (A) würden, die Flut der deutschen Waffen in der Welt zumindest ein wenig einzudämmen:

Der erste Vorschlag: kein Export von Kleinwaffen. Kleinwaffen sind keine niedlichen, kleinen Handtaschenrevolver, sondern Sturmgewehre und Maschinenpistolen, die Kalaschnikows, die deutschen G 36 und wie sie alle heißen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Kalaschnikows verkaufen wir nicht!)

Es gibt aus meiner Sicht drei extrem gute Gründe, den Export von Kleinwaffen grundsätzlich zu verbieten:

Erstens. Kleinwaffen sind die tödlichsten Waffen der Welt. Kofi Annan hat sie einmal als Massenvernichtungswaffen bezeichnet, weil sie tatsächlich massenhaft töten. In den Kriegen dieser Welt gibt es mehr Tote durch Kleinwaffen als durch jede andere Waffenart.

Zweitens. Wenn die Kleinwaffen einmal exportiert sind, hat man null Kontrolle. Weil sie relativ klein sind, werden sie von einem Land ins nächste verschoben; von Krieg zu Krieg gehen sie um die Welt und werden überall zum Töten eingesetzt. Nur ein Beispiel: Sie alle wissen, dass im August dieses Jahres deutsche Sturmgewehre vom Typ G 36 in Libyen gefunden wurden. Offiziell sind sie nie dorthin geliefert worden – nicht von der Firma und nicht von der Bundesregierung –, aber trotzdem tauchten sie dort auf. Wir beobachten das: Jedes Mal, wenn in den letzten Monaten und Jahren auf der Welt ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen ist, haben wir uns die Fernsehbilder und die Fotos angeschaut, und jedes einzelne Mal haben wir dort deutsche Waffen gesehen. Das muss doch endlich einmal aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Aus meiner Sicht ist das gewichtigste Argument dafür, endlich alle Exporte von Kleinwaffen zu verbieten: Sie zeigen besonders deutlich, dass das bisherige System der Rüstungsexportkontrolle einfach nicht funktioniert. Ich habe Ihnen hier eine Grafik mitgebracht. Auf dieser Grafik sehen Sie die Exporte von deutschen Kleinwaffen und deutscher Kleinwaffenmunition unter den letzten vier Regierungen, in den letzten vier Legislaturperioden. Das fängt mit der Regierung Kohl – Schwarz-Gelb – an, dann folgen die beiden rot-grünen Regierungen, dann die Große Koalition. Jedes Mal hat die jeweilige Regierung mehr Kleinwaffen und -munition in alle Welt verkauft als die Vorgängerregierung. Ich denke, das müsste gerade Ihnen von SPD und Grünen zu denken geben. Denn Sie haben 1999 das Problem der Waffenexporte erkannt und deswegen die Politischen Grundsätze eingeführt, und trotzdem wurden am Ende mehr und mehr und mehr Kleinwaffen in alle Welt exportiert. Es reicht eben nicht, sich an der Regierungsspitze zu wünschen, dass die Zahl der Exporte sinkt; denn im Alltag wird dann doch in der Verwaltung jeder einzelne Antrag angenommen, abgestempelt, abgenickt und abgelegt. Sie verhindern nichts, wenn Sie nicht tatsächlich ein echtes Verbot aussprechen. Das Wünschen allein reicht nicht; wir brauchen hier ein Verbot.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite Verbot, das wir vorschlagen: kein Export von Waffenfabriken. Ich war vor zwei Wochen in Saudi-Arabien, um mir da eine Reihe von deutschen Rüstungsprojekten anzuschauen; davon gibt es dort leider ziemlich viele. Eines der Projekte ist eine deutsche Waffenfabrik, die gerade von der deutschen Firma Heckler & Koch südlich von Riad aufgebaut wird. Ende nächsten Jahres wird diese Fabrik das hochmoderne deutsche Sturmgewehr G 36 produzieren können. Ab dem Moment haben Sie überhaupt keine Kontrolle mehr: Wie viele dieser Waffen werden produziert? Wohin werden sie geliefert? Sie werden im Internet schon zum Verkauf angeboten. Wer wird irgendwann irgendwo auf der Welt jemanden damit töten? Das lässt sich gar nicht mehr kontrollieren, wenn man einmal die Technologie aus der Hand gibt. Wenn man einmal die Fabrik in Saudi-Arabien aufbaut, ist die Kontrolle vorbei. Da hilft nur, von vornherein keine Waffenfabriken mehr zu exportieren. Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Es darf keine Waffenexporte an Menschenrechtsverletzer und in Krisengebiete geben. Genau deshalb haben wir heute die 16 Anträge vorgelegt. Wir fordern, in diese Region, die für Menschenrechtsverletzungen und als Kriegsgebiet bekannt ist, keine Waffen mehr zu liefern. Auch hier reichen die politischen Grundsätze nicht aus. Das Ganze muss Gesetz werden. In einem Antrag der Grünen wird das erstmals gefordert. Ich finde, das ist ein guter Ansatz. Deswegen werden wir diesem Antrag der Grünen auch zustimmen. Ich würde mir nur wünschen, dass Sie aus Ihrer eigenen Geschichte lernen und endlich ein komplettes Kleinwaffenexportverbot und ein Waffenfabrikexportverbot beschließen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte die Frage stellen, warum heute niemand von der Regierung zu diesem Thema spricht. Dafür wird ein Herr Lindner von der FDP in die Bütt geschickt, der sowas von gar keine Ahnung von Waffenexporten hat, dass es mich immer wieder schüttelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heidemarie Wiczorek-Zeul [SPD])

Nur zwei Beispiele aus Ihrer Rede.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr van Aken, Sie haben noch drei Sekunden Zeit, um die Zwischenfrage von Herrn Gysi zuzulassen. Möchten Sie das ?

Jan van Aken (DIE LINKE):

Von Herrn Gysi? – Ja, die lasse ich zu.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Jetzt kommt die Kleinwaffe der Linken! – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es richtig kritisch!)

(A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Bitte schön.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr van Aken, es wird von den anderen Rednern so getan, als ob man insgesamt gegen die Rüstung in alle von uns genannten Staaten stimmen müsste. Besteht nicht die Möglichkeit, dass jede Abgeordnete und jeder Abgeordneter zu jedem Staat eine Haltung einnimmt und beispielsweise sagt: Nach Bahrain keine Waffenexporte, in andere Länder schon. – Gibt es diese Möglichkeit? Warum wird davon kein Gebrauch gemacht,

(Holger Krestel [FDP]: Sie wollen doch wieder für Kuba stimmen!)

sondern pauschal gesagt: „Wir verkaufen weiterhin Rüstungsgüter“?

Jan van Aken (DIE LINKE):

Das ist eine suggestive Frage, die ich natürlich mit Ja beantworte.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle haben es individuell in der Hand, auch Sie, Herr Fritz. Sie müssen nicht mit Ihrer Fraktion stimmen. Sie können gegen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stimmen. Zeigen Sie heute endlich einmal Mumm und sagen Sie Nein zu Rüstungsexporten.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Ich wurde unterbrochen bei meiner Kritik an Herrn Lindner.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie wurden unterbrochen, aber sozusagen schon jenseits der Redezeit.

Jan van Aken (DIE LINKE):

Aber ich habe doch eine Frage beantwortet.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Zeit habe ich auch gestoppt. Alles ist gut. Trotzdem ist Ihre Redezeit zu Ende.

Jan van Aken (DIE LINKE):

Herr Lindner hat es wirklich verdient; denn er führt aus: Es ist völlig ausgeschlossen, dass es eine Parlamentsbeteiligung bei der Frage von Rüstungsexporten gibt. – Fahren Sie doch einmal in die USA! Dort gibt es das. Wieso ist in Deutschland ausgeschlossen, was in Washington möglich ist?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keine Ahnung, Herr Lindner.

Ein zweiter Punkt, der mir wichtig ist. Beim Panzerdeal mit Saudi-Arabien tun Sie so, als ob der eigentliche Gegner der Iran ist. Ich war in Saudi Arabien. Ich habe

dort mit vielen hohen Politikern und Generälen gesprochen. Sie haben keine Vorstellung, was für eine Israel-Hetze ich da zu hören bekommen habe. Das ist unfassbar. (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr van Aken?

Jan van Aken (DIE LINKE):

Ein hoher Politiker hat ein Gespräch mit einer vollen Breitseite gegen Israel begonnen, und Sie wollen uns hier weismachen, der Gegner wäre der Iran.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr van Aken?

Jan van Aken (DIE LINKE):

Ihr Panzerexport ist ein riskantes Manöver gegenüber Israel.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportieren sollte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Im Übrigen ist die Zeit jetzt mehr als abgelaufen.

Jan van Aken (DIE LINKE):

Aber dafür habe ich jetzt leider keine Zeit mehr.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: (D)

Das Wort hat die Kollegin Katja Keul für Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Linken durchaus dankbar, dass sie die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung wieder einmal auf die Tagesordnung hat setzen lassen. Auch wir Grünen sind der Meinung, dass die aktuelle Genehmigungspraxis weder mit der Rüstungsexportrichtlinie noch mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU in Einklang zu bringen ist. Die Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern haben die Grünen im Jahr 2000 auf den Weg gebracht. Seitdem sind wenigstens auf dem Papier die Menschenrechte als maßgebliches Kriterium bei der Genehmigung von Rüstungsexporten festgeschrieben. Erstaunlicherweise berufen sich sowohl die jetzige Bundesregierung als auch die Linken in ihren Anträgen auf diese Grundsätze.

Nicht hinnehmbar aber ist, dass die Bundesregierung diese Grundsätze schlicht missachtet. Sie missachtet sie so schamlos, weil niemand sie kontrolliert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Auch die radikale Forderung der Linken nach einem totalen Exportverbot für alle wird daran nichts ändern,

Katja Keul

- (A) wenn wir der Regierung weiterhin erlauben, im Geheimen zu agieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, Jan van Aken, dann müssen wir Parlamentarier endlich Wege finden, wie wir die Regierung in diesem Bereich effektiv kontrollieren. Diese Aufforderung richtet sich natürlich auch an die andere Seite des Hauses. Auch als Mehrheitskoalition ist es Ihre Aufgabe, die Bundesregierung zu kontrollieren.

Gerade haben wir im Rahmen der Euro-Krise viel über parlamentarisches Selbstbewusstsein gehört. Und was ist hier? Wenn sich die Bundesregierung nicht mehr bemüht, sich an die geltenden Grundsätze zu halten, weil sie alles geheim hält und sich damit jeder Kontrolle entzieht, dann versagen Sie, dann versagen wir alle als Parlament bei unserer wichtigsten Aufgabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es sollte uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg empören, dass wir auf Recherchen des *Spiegels* angewiesen sind, um zu erfahren, welche Beweggründe die Regierung veranlasst haben, Kampfpanzer nach Saudi-Arabien zu exportieren.

- (B) Ich habe nichts dagegen, wenn sich acht Minister zu einem Gespräch treffen und über den Inhalt ihres Gesprächs Stillschweigen vereinbaren. Wenn sie aber dann auf der Grundlage dieses Gesprächs eine exekutive Entscheidung treffen,

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Woher wissen Sie denn, welche Entscheidung schon getroffen worden ist?)

dann muss die Regierung uns als Parlament nicht nur mitteilen, was für eine Entscheidung sie getroffen hat, sondern auch begründen, warum sie so und nicht anders entschieden hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn dabei industriepolitische oder beschäftigungspolitische Gründe eine Rolle gespielt haben, dann muss die Regierung das eben vorbringen. Oder schämen Sie sich etwa für Ihre Beweggründe?

Herr Brandl, wissen Sie eigentlich, dass im Ursprungsland der sogenannten Westminster-Demokratie vierteljährlich alle Genehmigungen bekannt gemacht und öffentlich in einem parlamentarischen Gremium diskutiert werden? Am heutigen Tag, etwa zur gleichen Zeit, findet im britischen Parlament wieder einmal eine öffentliche Debatte darüber statt, diesmal über den Exportbericht des zweiten Quartals 2011. Und wir warten noch immer auf den Exportbericht für das Kalenderjahr 2010! Wissen Sie, dass dieser britische Parlamentsausschuss durch die Auflistung aller Genehmigungen für Exporte in die Länder des arabischen Frühlings seit 2009 die Regierung veranlasst hat, 160 dieser Genehmigungen entschädigungsfrei zu widerrufen?

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich weiß er das!) (C)

Wie viele Genehmigungen hat denn die Bundesregierung widerrufen? Hier ist die Antwort – ich zitiere –: Die Bundesregierung hat keine Genehmigung über die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in arabische Länder aufgrund der Ereignisse des sogenannten arabischen Frühlings widerrufen. – Wir wissen nicht einmal, was es zu widerrufen gibt. Nur aus den Medien wissen wir inzwischen, dass die Voranfrage für die Leopard-Panzer nach Saudi-Arabien am 27. Juni genehmigt wurde. Die endgültige Entscheidung steht bei der nächsten Sitzung zum Jahresende an. Ich fordere die Regierung daher heute noch einmal auf: Lehnen Sie diesen Export ab!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Und behaupten Sie nicht, der Voranfrage käme Bindungswirkung zu! Wir wissen: Selbst abschließende Genehmigungen haben nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz keinen Bestandsschutz und können jederzeit widerrufen werden.

- (D) Damit dieses Versteckspiel endlich ein Ende hat, fordern wir mit unserem heutigen Antrag quartalsweise Informationen von der Bundesregierung, und zwar vollständige Informationen. Wir wollen auch die Zahlen über die tatsächlichen Rüstungsausfuhren, nicht nur die Genehmigungszahlen. Wir wollen die Aufschlüsselung der Sammelausfuhr- und Allgemeingenehmigungen sowie Angaben über bestehende Produktionslizenzen, Bürgschaften und sogenannte Offsetgeschäfte. Erst dann haben wir international vergleichbare Daten, die wir analysieren und zeitnah debattieren können. Das Parlament muss frühzeitig und rechtzeitig in den Entscheidungsprozess über Rüstungsexporte einbezogen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit unserem zweiten Antrag, über den wir heute ebenfalls abstimmen werden, fordern wir eine stärkere Berücksichtigung der Menschenrechte in den Empfängerländern, und zwar so, wie es der Wortlaut der Exportrichtlinie eigentlich vorsieht; denn auch jenseits von Saudi-Arabien ist keine Kohärenz zwischen der Rüstungsexportpolitik und dem Menschenrechtsbericht der Bundesregierung zu erkennen.

Jedes Mal, wenn wir die Bundesregierung in unseren Fragen damit konfrontieren, heißt es, die Entscheidung für einen Exportantrag werde im Einzelfall getroffen. Soll heißen: Die Lage in einem Empfängerland ist nicht im Allgemeinen, sondern nur im Hinblick auf die konkrete Waffe ein Kriterium. Da, Herr Kollege Fritz, bin ich nicht mit Ihnen einer Meinung. Diese Argumentation ist nicht haltbar. Wenn die Bundesregierung ausreichend Kenntnisse darüber hat, dass in einem Empfängerland innere Repression oder schwere Menschenrechtsverlet-

Katja Keul

- (A) zungen drohen, dann muss sie dies bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Für Kriegswaffen, die ohnehin nur im Ausnahmefall an Drittstaaten geliefert werden dürfen, heißt das faktisch den konsequenten Ausschluss solcher Exporte. Das betrifft in der Tat die meisten der hier genannten 16 Länder, ohne deswegen alle von Marokko bis Saudi-Arabien über einen Kamm scheren zu wollen. Ich würde noch weiter gehen und fordern, dass in diesen Fällen auch der Genehmigungsanspruch für den Export von sonstigen Rüstungsgütern aufgehoben werden muss.

Aber: Die völlig Gleichstellung von Kriegswaffen mit sonstigen Rüstungsgütern, wie sie die Linke in ihren Anträgen vornimmt, halte ich für kontraproduktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es macht nämlich durchaus einen Unterschied, ob es sich um den Export von Kriegswaffen wie Panzer oder Maschinengewehre handelt oder zum Beispiel um Minenräumgeräte und Schutzwesten. Nicht umsonst bezieht sich unser Grundgesetz in Art. 26 ausdrücklich auf Kriegswaffen.

Sie differenzieren weder zwischen den einzelnen Ländern noch zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Deshalb werden auch wir uns nicht die Mühe machen, zu differenzieren, und uns zu allen Ihren 16 Anträgen enthalten.

- (B) (Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das ist eine stramme Haltung!)

Für Syrien, Libyen, Tunesien und Ägypten fordert die Linke sogar einen Exportstopp, obwohl bereits ein geltendes Waffenembargo besteht. „Endgültig“ soll dann wohl heißen, dass auch die weitere politische Entwicklung keine Rolle spielen soll. Das finde ich wirklich wenig überzeugend.

(Zuruf von der LINKEN: Was?)

Überzeugend ist das nur für die, die ohnehin ein totales Verbot von Rüstungsgütern fordern, auch wenn es um Schutzwesten oder Sanitätsfahrzeuge geht, und zwar für immer und überall.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das heißt konsequenterweise auch: Abschaffung der Bundeswehr und Austritt aus der NATO. Das ist doch in Wirklichkeit Ihre Position.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das wollen die doch!)

Der arabische Frühling spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Aber da machen wir nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der LINKEN)

Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol und zum Gewaltmonopol der UNO. Deshalb können wir Waffen zur Durchsetzung des Gewaltmonopols auch nicht grundsätzlich verbieten.

- (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Was wir aber tun müssen, ist, die Verbreitung von Waffen so gering wie möglich zu halten. Dazu brauchen wir einerseits internationale Vereinbarungen, aber nicht zuletzt auch strenge nationale und vor allem europäische Kontrollen. Das trifft natürlich die deutschen Herstellerfirmen. Die Rüstungsbranche wird aber ohnehin umrüsten und abrüsten müssen; denn EU- und NATO-Staaten werden nicht mehr wie bisher als Abnehmer zur Verfügung stehen. Unser Verteidigungsminister hat gestern bekannt gegeben, dass er 42 Hubschrauber NH-90, 125 Kampfpanzer und 60 Transportpanzer weniger anschaffen will. Der Bestand von Eurofightern und Kampfhubschraubern soll erheblich verringert werden. Das ist gut so. Wir können aber nicht zulassen, dass alles, was europäische Staaten in der Krise im Militärhaushalt einsparen, in Spannungsgebiete wie Indien und Pakistan oder auf die arabische Halbinsel geliefert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir dürfen nicht die Exportkriterien aufweichen, um den Haushalt zu konsolidieren.

Besser als die Forderung nach Totalverboten ist aus Sicht meiner Fraktion die Beendigung der Geheimniskrämerei und die Herstellung von Transparenz im Genehmigungsverfahren; denn die schärfste Norm nützt nichts, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Dr. Rainer Stinner das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe hier im Raum aufseiten der Opposition vier ehemalige Regierungsmitglieder, Frau Ministerin a. D. Wieczorek-Zeul, Frau Ministerin a. D. Bulmahn, Frau Staatsministerin a. D. Müller und Herrn Staatsminister a. D. Gloser. Sie alle haben in Ihrer Regierungszeit vor denselben Problemen gestanden, vor denen die heutige Bundesregierung und die jetzt aktiv Handelnden stehen. Sie hatten Anfragen zu Rüstungsexporten vorliegen, und Sie haben sich die Mühe gemacht, diese Anfragen in jedem Einzelfall zu prüfen. Bei einem großen Teil der Anfragen haben Sie sich dafür entschieden, die Anfrage positiv zu bescheiden. Niemand von uns hat jemals unterstellt, dass Sie sich dabei nicht die nötige Mühe gemacht haben. Bitte gehen Sie davon aus, dass die heute Handelnden sich dieselbe Mühe machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Rainer Stinner

- (A) Sie haben natürlich auch Rüstungsexporten in kritische Länder zugestimmt. Ich gehe davon aus, dass Ihre Begeisterung bei Rüstungsexporten in einige Länder schon damals eingeschränkt war. Sie können davon ausgehen, dass das den heute Handelnden ganz genauso geht, wie es Ihnen damals gegangen ist.

Herr Barthel hat das, was Sie getan haben, als Fehler bezeichnet. Er ist leider nicht mehr da.

(Klaus Barthel [SPD]: Doch!)

– Er ist doch noch da. – Ihr Kollege Barthel hat Sie beschuldigt, Fehler gemacht zu haben. Jetzt fordert er uns auf, diese nicht zu begehen. Sie sollten intern darüber ins Reine kommen, ob das, was Sie damals gemacht haben, fehlerhaft war.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie die Frage des Kollegen Ströbele zulassen?

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Der Herr Ströbele ist mir lieb und teuer, aber da er von seiner eigenen Fraktion seit Jahren keine Redezeit mehr bekommt, denke ich nicht daran, ihm jedes Mal Redezeit zu gewähren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Die Rüstungsexportrichtlinien sind eindeutig. Sie besagen: Wenn nicht in verbündete Staaten wie EU- und NATO-Staaten oder ihnen gleichgestellte Staaten wie Neuseeland und Japan geliefert wird, dann gilt Folgendes – ich lese das einmal vor, weil das sehr deutlich ist –:

Der Export von Kriegswaffen ... wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.

(Klaus Barthel [SPD]: „Ausnahmsweise“!)

Das ist eine klare Sprache.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Frau Wieczorek-Zeul würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Gerne, bitte schön.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte, Frau Wieczorek-Zeul.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD):

Ich wollte eine Zwischenbemerkung machen,

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

was nach der Geschäftsordnung möglich ist.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Auch Zwischenbemerkungen sind erlaubt, und der Redner kann dann darauf reagieren.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD):

So ist es.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Gerne.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD):

Sie haben angesprochen, wer dem Bundessicherheitsrat angehört hat und Entscheidungen getroffen hat. Ich möchte auf einige Punkte hinweisen.

Erstens. Sie können nicht all das, was in den Zeiten vorher, auch in den Zeiten der Großen Koalition, stattgefunden hat, mit der katastrophalen Entscheidung, 200 Kampfpanzer an Saudi-Arabien zu liefern, vergleichen; das ist unvergleichbar.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das ist doch völliger Blödsinn!)

Bitte stellen Sie das nicht in einen Kontext.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Doch! Natürlich!)

Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Wegducken!)

Zweitens. Es hat immer unterschiedliche Entscheidungen gegeben, übrigens auch Mehrheitsentscheidungen. Ich bin gerne bereit – Sie sprechen ja immer mich an –, die Bundeskanzlerin aufzufordern, mich von der Geheimhaltungspflicht zu entbinden, damit ich deutlich machen kann, wie sich Ihre Kollegen in diesen Fragen teilweise verhalten haben.

Drittens. Wir haben eine andere Situation. Wir haben ja jetzt Veränderungen im arabischen Raum. Früher gab es die Vorstellung, eine Stabilisierung Ägyptens und anderer Länder sei hilfreich. Ich lege Wert darauf, deutlich zu machen, dass ich immer die Position vertreten habe, dass man solche Länder nicht beliefern darf, weil es Spannungsgebiete sind und dort die Menschenrechte verletzt werden.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Warum sind Sie nicht aus der Regierung ausgeschieden? Das ist pure Heuchelei, was Sie betreiben!)

Außerdem haben wir durch den arabischen Frühling gelernt, welche katastrophalen Auswirkungen Stabilisierungspolitik in der von mir beschriebenen Form haben kann. Deshalb stelle ich Ihnen die Frage: Haben auch Sie daraus gelernt und Ihre Position verändert? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Sie wollen jetzt noch zur Unterdrückung der dortigen Bevölkerung 200 Kampfpanzer nach Saudi-Arabien liefern. Das halte ich für unerträglich.

(C)

(D)

Heidemarie Wiczeorek-Zeul

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Elf Jahre haben Sie auf Ihrem Sessel gesessen und keinen Mucks gemacht! Jetzt blähen Sie die Backen auf!)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich habe bewusst nicht Sie alleine angesprochen, sondern die Handelnden in der damaligen Regierung. Ich bin davon ausgegangen – hoffentlich auch zu Recht –, dass Sie, alle vier, die ich angesprochen habe,

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Sie ist die größte Heuchlerin!)

sich damals sehr wohl intensiv Gedanken gemacht haben und nach der Abwägung der Pros und Kontras zu dem Schluss gekommen sind, die Rüstungsexporte zu genehmigen. Mehr habe ich hier im Augenblick nicht angesprochen.

Es sind jeweils Einzelentscheidungen. Die Genehmigungen müssen die verschiedenen Aspekte berücksichtigen. Der Export von Rüstungsgütern hat sehr wohl – das ist natürlich ohne jeden Zweifel – Auswirkungen in der Region. Aber wir müssen uns vergegenwärtigen, dass auch der Nichtexport von Rüstungsgütern Auswirkungen haben kann. Dies ist in jedem Einzelfall abzuwägen.

- (B) Hier ist die Bundesregierung exekutiv verantwortlich – das ist gar keine Frage –, aber die Arbeitsteilung funktioniert nicht, dass wir hier im Parlament für das Gute und Schöne dieser Welt zuständig sind – speziell dann, wenn man in der Opposition ist – und dass die Grauzone, die Interessenvertretung und die schwierige Abwägung, also die unangenehmen Entscheidungen, ausschließlich bei der Bundesregierung liegen. Nein, auch wir Parlamentarier müssen uns mit diesen Themen inhaltlich auseinandersetzen, und das tun wir.

(Klaus Barthel [SPD]: Hinterher! Wenn es zu spät ist!)

Das tun auch Sie; das ist wunderbar.

Ich habe nichts gegen die Debatte, die Sie hier führen, aber, Herr Barthel, bei Ihnen habe ich einige Widersprüche festgestellt. Sie sagten, dass auch Sie für Beschäftigung sind. Ich gehe davon aus, dass mit Ausnahme der Linken alle übrigen vier Parteien dafür sind, dass die Bundeswehr nach wie vor existiert. Eine Bundeswehr ohne Waffen ist relativ sinnfrei, also wird die Bundeswehr auch in Zukunft mit Waffen auszustatten sein. Die Bundeswehr schrumpft.

(Klaus Barthel [SPD]: Ja!)

Die Frage, die wir uns stellen müssen, Herr Barthel – diese Frage müssen Sie sich genauso stellen, wie ich und meine Kollegen sie sich stellen müssen –, lautet: Sind wir der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass die Bundeswehr in Zukunft ausschließlich mit Importwaffen ausgerüstet wird, oder sind wir der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass wir auch in Zukunft in Deutschland eine wehr-

technische Industrie haben, die auch die Bundeswehr (C) ausrüstet?

(Klaus Barthel [SPD]: Aber nicht, dass das, was die Bundeswehr nicht mehr braucht, exportiert wird!)

Der Teil des Hauses, der die Koalition bildet, kommt zum heutigen Tage jedenfalls zu dem Schluss, dass die Aufrechterhaltung einer wehrtechnischen Industrie in Deutschland durchaus in unserem eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interesse ist; sie ist also nicht nur, aber auch in unserem wirtschaftlichen Interesse.

(Klaus Barthel [SPD]: Wir brauchen also die Exporte nach Saudi-Arabien, damit die Bundeswehr ausgerüstet werden kann?)

Herr Barthel, Sie kommen aus dem schönen Ort Kochel am See.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ja! Der ist sehr schön!)

Ich kann aber nicht davon ausgehen, dass in Zukunft auf dem schönen Kochelsee deutsche U-Boote eingesetzt werden können oder dass der Gemeinderat von Kochel deutsche U-Boote einsetzt.

(Heiterkeit bei der FDP – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Und Panzer!)

Von daher müssen wir uns schon überlegen, wohin wir diese U-Boote verkaufen können.

(Klaus Barthel [SPD]: Genau! Nach Griechenland, oder? – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Da wären U-Boote sinnvoll!) (D)

Meine Damen und Herren, wir müssen jeweils eine Abwägungsentscheidung treffen. Ich rege an, dass wir uns über die Zielkonflikte und Interessenkonflikte, die es ohne Zweifel gibt, im Parlament intensiv auseinandersetzen. Aber für das Handeln ist die Exekutive zuständig. Wir haben großes Vertrauen, dass diese Bundesregierung in ähnlicher Offenheit und vor allen Dingen mit ähnlicher Gewissenhaftigkeit handelt, wie es die vergangenen Regierungen getan haben. Insofern besteht für Aufregung keinerlei Anlass.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Hans-Christian Ströbele.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Oh nein! Nicht schon wieder!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Stinner, Sie haben sich in unsere Fraktionsangelegenheiten eingemischt

(Lachen bei der FDP)

Hans-Christian Ströbele

- (A) und behauptet, ich hätte für die heutige Debatte kein Rederecht bekommen. Das ist nicht wahr. Mir ist Rederecht angeboten worden. Ich habe es aber nicht gewollt,

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Na dann: Hinsetzen! Danke schön!)

weil ich dachte, dass die Kollegin Keul, die in unserer Fraktion für dieses Thema federführend zuständig ist, acht Minuten Redezeit braucht, um ausführlich darzustellen, was wir mit unseren zwei Anträgen beabsichtigen. Das ist aber nicht der Grund, warum ich mich gemeldet habe.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Los, nächstes Thema! Schnell!)

Sie haben angekündigt, dass Sie, die FDP-Fraktion, und möglicherweise auch Teile der CDU/CSU-Fraktion, die Rolle der Grünen und von Teilen der SPD-Fraktion unter Rot-Grün einnehmen wollen. Ich finde, das ist eine sehr gute Idee. Dann fordere ich Sie aber auf: Handeln Sie so, wie wir unter Rot-Grün gehandelt haben! Auch damals ging es um eine Panzerlieferung, die von der Bundesregierung noch nicht genehmigt, aber gewollt war. Damals sollten 1 000 Panzer in die Türkei geliefert werden. In der Öffentlichkeit fanden viele Diskussionen darüber statt. Die grüne Fraktion und zahlreiche Mitglieder der SPD-Fraktion haben gesagt: Das geht nicht. Dabei machen wir nicht mit. Das darf unsere Regierung nicht machen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Möchten Sie die Zahlen noch mal haben? Sie möchten es wohl immer wieder hören!)

(B)

Der Erfolg dieser standhaften Haltung besteht darin, dass bis heute nur einer der 1 000 Panzer geliefert worden ist, ein Demonstrationspanzer.

Ich fordere Sie auf: Machen Sie bitte dasselbe, wenn es um die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien geht! Sie haben dafür viel mehr Gründe, als wir sie hatten, als es damals um die Panzerlieferungen in die Türkei ging. Stehen Sie auf, seien Sie mann- und frauhaft und sagen Sie: Bundesregierung, das ist unmöglich. Das ist ein Verrat an den Prinzipien, auf die sich die Fraktionen und Regierungen geeinigt haben. Das wäre ein grober Verstoß gegen die Menschenrechte. – Stehen Sie auf, halten Sie durch, und fordern Sie Ihre Regierung auf, diese Panzerlieferungen endgültig zu stornieren!

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Oder wollen Sie, dass Ihr Außenminister nach all dem, was man ihm schon jetzt vorwirft, eines Tages nach Saudi-Arabien oder nach Bahrain reisen und den Menschen klarmachen muss, warum mit Panzern, die Deutschland geliefert hat und deren Lieferung Sie zugestimmt haben, dort Demokratiebewegungen niedergewalzt und blutig niedergeschlagen worden sind? Wollen Sie, dass der Außenminister – der jetzige oder wer auch immer dann Außenminister sein mag – in eine solche Situation kommt? Das können Sie nicht wollen. Deshalb: Verhindern Sie diese Panzerlieferungen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Herr Stinner, bitte, zur Erwiderung.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Vielen Dank. – Herr Ströbele, vielen Dank für die Information zu Ihrem Rederecht. Ich warte dann auf weitere feurige Reden von Ihnen im Namen Ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag in den nächsten Wochen und Monaten.

Zu dem anderen Thema. Ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie uns unter gar keinen Umständen zum Beispiel nehmen werden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir bei unserer Linie bleiben werden: Wir werden an den Forderungen, die wir in Oppositionszeiten erhoben haben, und an dem Verhalten, das wir damals zum Thema Rüstungsexporte an den Tag gelegt haben, in unserer Regierungszeit festhalten.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Richtig!)

Ich kann Ihnen versichern, dass wir Ihrem Beispiel nicht folgen werden. Sie haben große Reden gehalten. Aber Ihre Vertreter in der Bundesregierung haben sämtlichen Rüstungsexporten zugestimmt, auch denen in die kritischen Länder, um die es heute geht. Dieses Verhalten werden wir uns nicht zum Beispiel nehmen. Wir werden die schwierigen Abwägungsentscheidungen jeweils in voller Verantwortung treffen. Sie sind für uns kein Beispiel, weder heute noch morgen.

(D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Rolf Mützenich hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, das ist eine wichtige und in weiten Teilen auch eine sehr ernsthaft geführte und angemessene Debatte. Ich danke dem Kollegen Fritz und auch anderen Kollegen, die im Rahmen der Möglichkeiten eines frei gewählten Abgeordneten immer wieder versuchen, über das hinauszugehen, was in den Fraktionen und vielleicht auch in der Koalition möglich ist.

Umso überraschter war ich, als ich gestern Abend auf www.tagesschau.de ein Gespräch nachgelesen habe, das das Verteidigungsministerium mit der Rüstungsindustrie offensichtlich geführt hat. In diesem Interview antwortete der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Herr Adamowitsch, auf Fragen des ARD-Hauptstadtstudios. Ich zitiere ihn:

Klar ist, wenn weniger bestellt wird, hat das auch Konsequenzen für die Unternehmen, für den Zulieferer-Bereich und wir werden dann mit dem Vertei-

Dr. Rolf Mützenich

- (A) digungsministerium auch über die Frage von Export nachdenken, wo wir sicherlich Unterstützung brauchen, aber auch zugesagt bekommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere des Kabinetts und des Verteidigungsministeriums, erklären Sie uns heute hier im Parlament, was Sie der Rüstungsindustrie gestern Abend zugesagt haben!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Kollege Kossendey, sehr geehrte Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Sie belasten eine wichtige Bundeswehrreform und betreiben ein Koppelgeschäft, das weder politisch noch moralisch zulässig ist. Ich finde, Sie müssen hierzu heute noch Stellung nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das verlangen wir und auch dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in der Tat einen unmittelbaren Zusammenhang – Herr Stinner, das ist richtig – zwischen einer demokratischen Außenpolitik, also der Außenpolitik eines demokratischen Staates, und einer transparenten Rüstungsexportpolitik. Deswegen sollten Regierung und Parlament in dieser Frage zusammenwirken. Auch ich will nicht, dass das Parlament einzelne Rüstungsgeschäfte genehmigt, ich will aber mehr Informationen. Ich will gar nicht hören, was Frau Merkel und Herr Westerwelle im Bundessicherheitsrat im Einzelnen möglicherweise gesagt haben; aber wenn die Entscheidung getroffen worden ist, dann müssen Sie hier Rede und Antwort stehen und erklären – sowohl gegenüber dem Parlament als auch gegenüber der Öffentlichkeit –, warum Sie einem so sensiblen Geschäft, wie 200 Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern, zugestimmt haben.

- (B) Deshalb haben wir heute hier erneut einen Antrag vorgelegt, mit dem wir unseren Antrag vom März wieder aufgenommen haben, worin wir beantragt haben, über die Beweggründe informiert zu werden. Wenn Sie als Bundesregierung uns über diese Beweggründe informieren müssten, dann bräuchten Sie auch nicht wieder Hilfsargumente einzuführen, die ich persönlich wirklich als hochpeinlich empfunden habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung hat Israel für ein Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien als Argument angeführt. Das war weder der Situation noch den Herausforderungen, vor denen wir zurzeit in der arabischen Welt stehen, angemessen. Nehmen Sie dieses Rüstungsgeschäft Ende des Jahres, wenn Sie wieder darüber befinden werden, zurück!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht nur um Beteiligung und Begründung. Sie sollten sich insbesondere auch die Erfahrungen aus ande-

ren Parlamenten zum Vorbild nehmen. Mehr machen wir doch auch nicht, Herr Stinner, weil auch wir Fehler gemacht haben. Wir glauben, dass die Rüstungsexportrichtlinien richtig sind, aber jetzt aufgrund der Erfahrungen der Überarbeitung bedürfen. Deshalb versuchen wir, diese Informationen zu bekommen. In Schweden, in Großbritannien, in den USA und in anderen Ländern ist das der Fall. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass Parlament und Öffentlichkeit informiert werden, fordern wir hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, das ist richtig und hilft einer demokratischen Außenpolitik weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir heute über Rüstungsexporte sprechen, dann dürfen wir meiner Meinung nach nicht nur über die Anbieterseite reden, sondern wir müssen auch über die Seite der Nachfrager diskutieren. Das betrifft insbesondere den Nahen und Mittleren Osten. Der Nahe und Mittlere Osten ist in der Tat ein Pulverfass, das nicht an zu wenig Rüstung, sondern an zu viel Rüstung leidet. Wir haben über die Panzerlieferungen gesprochen. Wir haben hier schon über den 240-Milliarden-Deal gesprochen, den die USA mit Saudi-Arabien abgeschlossen haben. Ich finde, wenn wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa betreiben, dann müssen wir versuchen, genau das Prinzip einzuführen, das Europa sicherer gemacht hat, nämlich Abrüstung und Rüstungskontrolle.

(D) Es ist mein Angebot vonseiten der Opposition, zusammen mit den Parlamentariern und auch dieser Bundesregierung zu sagen: In dieser Region ist Vertrauensbildung notwendig, sind konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle notwendig, ist ein Frieden zwischen Israel und Palästina existenziell. Es geht nicht nur um Rüstung und Rüstungsexporte, sondern auch um Abrüstung. Beide Dinge gehören zusammen und müssen heute auf den Tisch.

Das ist doch auch der Grund, warum wir so froh über das sein müssen, was junge und mutige Menschen in der arabischen Welt vorantreiben. Es geht nicht allein um Demokratie, sondern auch um freiere und gerechtere Gesellschaften. Unsere Erfahrung ist: Freiere, gerechtere, demokratischere Gesellschaften sind der Abrüstung und Rüstungskontrolle zugeneigter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen setzen wir große Hoffnungen in das, was dort passiert. Es geht letztlich auch um Europa und um das Thema, das wir heute hier behandeln, um Rüstungsexporte. Wir als Parlament, das demokratische Außenpolitik will, haben aufgrund dieser Veränderungen die Chance, das Thema „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ dort einzubringen.

Es gibt dazu Initiativen in dieser Region, die langsam wachsen. Der Golfkooperationsrat hat sich dafür ausgesprochen, eine kernwaffenfreie Zone im Persischen Golf einzurichten. Unterstützen wir ihn dabei!

Dr. Rolf Mützenich

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist richtig. Darüber müssen wir mit den Franzosen und den Briten sprechen. Wenn die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der Überprüfungskonferenz zum Kernwaffensperrvertrag entschieden hat, eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu installieren, dann bedarf dies der Unterstützung dieses Parlaments, aber auch dieser Regierung. Wir werden dann nicht mehr nur über Rüstungsexporte diskutieren müssen, sondern auch darüber, dass in dieser Region weniger Rüstung insgesamt besser ist. Insofern dürfen wir diese Region nicht mit mehr Waffen ausstatten. Wenn es gelingt, Transparenz und Zurückhaltung bei Rüstungsexporten zu erreichen und das Instrument „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ einzuführen, haben wir mehr davon. Dann stärken wir eine demokratische Außenpolitik.

Wir wollen dazu beitragen. Deswegen haben wir diesen Antrag vorlegt. Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU hat der Kollege Dr. Reinhard Brandl jetzt das Wort.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Hintergrund dieser Debatte steht die mögliche Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien. Über diesen Vorgang liegen keine offiziellen Fakten vor; über ihn wird, ausgehend von der Presseberichterstattung, munter spekuliert.

(Klaus Barthel [SPD]: Räumen Sie doch auf mit den Spekulationen!)

Ich kann dazu nichts sagen, weil ich genauso wenig wie Sie über den Vorgang informiert bin. Diejenigen, die dazu etwas sagen könnten, die Mitglieder des Bundessicherheitsrats, dürfen dazu nichts sagen, weil sie zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

(Klaus Barthel [SPD]: Das ist das Problem! – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

Ich gebe Ihnen recht: Das ist eine unbefriedigende Situation.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Aber das heißt nicht, dass sich die Mitglieder des Bundessicherheitsrats niemals für ihre Entscheidungen rechtfertigen und verantworten müssen. Sollte eine sol-

che Lieferung tatsächlich stattfinden, wird sie natürlich veröffentlicht: (C)

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann denn? – Klaus Barthel [SPD]: Andert-halb Jahre später!)

erstens im jährlichen Rüstungsexportbericht – Frau Keul, ich bin mit Ihnen einig, dass dieser schneller vorliegen sollte –, zweitens über Pressemitteilungen, sofern es sich bei dem Lieferanten um ein börsennotiertes Unternehmen handelt, und drittens natürlich über die Medienberichterstattung. Eine Lieferung von Panzern oder ähnlichem Gerät lässt sich doch gar nicht geheim halten.

(Klaus Barthel [SPD]: Warum erfahren es die Medien und wir nicht?)

Es geht also nicht darum, grundsätzlich etwas zu verheimlichen.

Die Frage ist, ob es tatsächlich in unserem deutschen Interesse wäre, wenn wir im Deutschen Bundestag bereits im Vorfeld eines möglichen Auftrags über das Für und Wider diskutierten, so wie es hier in Ansätzen versucht wird. Ich meine, nein. Das möchte ich auch begründen: Dadurch, dass Anfragen und Voranfragen geheim behandelt werden, behält die Regierung einen größeren Entscheidungsspielraum. Sie hat dadurch insbesondere eine größere Freiheit, auch einmal Nein zu sagen. Wenn jede Anfrage veröffentlicht würde, wäre jede Ablehnung eine öffentliche Brückierung des betreffenden Landes. Das wäre vor allem innenpolitisch öffentlichkeitswirksam. Für jede weitere Zusammenarbeit mit dem Land und damit auch für die Möglichkeit der Einflussnahme, um dort wirklich etwas zu verändern, wäre das sicherlich nicht hilfreich. (D)

Unsere großen Partnerländer – ich nenne als Beispiel die USA – treiben es genau andersherum auf die Spitze. Sie nutzen die Lieferung von Rüstungsgütern, um Einfluss zu nehmen und Abhängigkeiten zu schaffen. Denn für jedes komplexere Waffensystem braucht ein Land für den langfristigen Betrieb die Logistik, die Wartung und die Ersatzteile vom Lieferanten. Wenn es ein System importiert, ist es abhängig von der Zustimmung des Landes, das exportiert.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Frage von Frau Keul zulassen?

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Gern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das ist der Fall. – Bitte schön.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Kollege Brandl, Sie haben gerade gesagt, wir könnten hier nicht öffentlich über ablehnende Entscheidungen sprechen, weil das diplomatischen Schaden verursachen würde. Glauben Sie denn, dass der diplomatische Schaden in irgendeiner Weise

Katja Keul

- (A) größer wäre, als wenn wir zum Beispiel über den Menschenrechtsbericht der Bundesregierung sprechen, in dem Menschenrechtsverletzungen in all diesen Ländern haarklein aufgeführt sind?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Es geht mir nicht darum, die Themen, die Sie ansprechen, nicht öffentlich anzusprechen und im Parlament zu debattieren. Was ich sage, ist, dass, wenn wir im Vorfeld über solche Anfragen – es werden sehr viele Anfragen gestellt, im Jahr ungefähr 16 000 – immer debattierten und sie auch auswählten, der Entscheidungsspielraum, den die Regierung hat – einmal sagt sie Nein, einmal Ja, vielleicht stellt sie auch einmal Bedingungen –, verkleinert würde.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Genau das wollen wir ja!)

– Aber ich glaube nicht, dass es immer in Ihrem Interesse ist, diesen Entscheidungsspielraum zu verkleinern.

Unabhängig davon geht es bei der Frage, ob wir über Anfragen nach Rüstungsgütern öffentlich oder nichtöffentlich debattieren, nicht nur um die Abhängigkeiten anderer Länder, sondern indirekt auch um unsere eigene nationale Souveränität. Denn unabhängig von der Chance auf Genehmigung würde doch kein Land mehr bei einem deutschen Unternehmen anfragen, wenn es wüsste, dass diese Anfrage dann Gegenstand einer öffentlichen Debatte würde. Hinter einer solchen Anfrage stecken ja immer auch langfristige nationale Sicherheitsinteressen und strategische Überlegungen, die man nicht auf dem Markt ausgetragen haben möchte. Zudem würden mit der Öffentlichkeit mögliche Wettbewerber unterrichtet, die ihre Aktivitäten entsprechend darauf abstellen könnten.

Wenn man möchte, dass aus Deutschland grundsätzlich kein Rüstungsexport mehr stattfindet, dann kann man ein solches Verfahren wählen. Dann muss man ehrlicherweise aber dazusagen, dass man keine wehrtechnische Industrie mehr in Deutschland haben möchte. Ohne die grundsätzliche Möglichkeit zum Export könnte kein Unternehmen der Branche existieren. Der nationale Markt ist dafür viel zu klein.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, der Kollege Duin möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen? – Bitte schön.

Garrelt Duin (SPD):

Vielen Dank. – Herr Kollege Dr. Brandl, bevor Sie zum Schluss kommen: Der Kollege Mützenich hat gerade ein Thema angesprochen, das ich für von besonderer Bedeutung halte. Deswegen frage ich Sie: Können Sie uns aufklären, was gestern Abend zwischen dem Verteidigungsminister und der Rüstungsindustrie verabredet wurde? Mich interessiert insbesondere, was darunter zu verstehen ist, die sich aus der Bundeswehrreform

ergebenen Veränderungen würden kompensiert, eventuell durch verstärkten Export. (C)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Nein, ich kann Sie nicht aufklären. Ich war bei dem Gespräch nicht dabei.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sprechen Sie nicht mit dem Verteidigungsminister? – Klaus Barthel [SPD]: Aber was ist denn Ihre Haltung dazu?)

– Mir geht es nicht grundsätzlich darum, mit der Rüstungsindustrie Arbeitsplätze zu erhalten. Einen Arbeitsplatzverlust könnten wir volkswirtschaftlich verkraften. Nicht so einfach verkraften könnten wir aber den Verlust technologischer Fähigkeiten

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Richtig!)

und den damit verbundenen Verlust an nationaler Souveränität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Denn dann wären wir bei der Kernaufgabe unseres Staates, der Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, plötzlich abhängig vom guten Willen anderer Länder. Das ist nicht im Interesse Deutschlands.

Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass wir jeden Export genehmigen müssen. Im Gegenteil: Wir verfolgen sogar eine restriktive Exportpolitik. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben deswegen ein Verfahren entwickelt, um die verschiedenen Interessen der Außenpolitik, der Menschenrechte, der Wirtschaft, des Parlaments und der Öffentlichkeit in vernünftiger Weise auszubalancieren. (D)

Die jetzige Regierung hat das Verfahren und die zugrunde liegenden Richtlinien unverändert von Rot-Grün übernommen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie noch eine Frage von Herrn Barthel zulassen? – Nein.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Die Entscheidungen erfolgen einzelfallbezogen unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Situation und der Menschenrechtsslage im Empfängerland. Jede Regierung ist damit bisher verantwortungsvoll umgegangen. Das gilt auch für die Regierung von Angela Merkel.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Johannes Selle hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) Johannes Selle (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es nicht einfach, zu diesem Thema zu sprechen; denn als Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möchte ich gern beim Aufbau einer friedlicheren Welt mitarbeiten, die Potenzen Deutschlands in Technologie und Wirtschaft dafür nutzen und Demokratie und Menschenrechte fördern.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehne mich nach einer Welt ohne Waffen, ohne Furcht und ohne Feindschaft.

Es ist klar: Waffen verschärfen Konflikte. Also lautet die einfache Lösung: keine Waffen. So einfach sieht die Welt von links aus, wie die zahlreichen Anträge zeigen. So einfach ist die Welt aber nicht. Grundlage für die Entscheidung über Rüstungsexporte sind die sehr restriktiven politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und die gemeinsamen Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern des Rates der Europäischen Union. Der Kollege Stinner hat eindrücklich daraus zitiert. So wird es auch in den Vorbemerkungen der Anträge von SPD und Grünen gesehen. Diese Grundsätze sind wesentlich unter Grün mitgestaltet und von der Bundesregierung nicht aufgeweicht, sondern fortentwickelt worden. Aufgrund dieser Regelungen sind Rüstungsexporte in die kritischen Regionen zurzeit ausgesetzt.

(B) Bei dem Versuch, demokratische Staaten aufzubauen – insbesondere nach einem Regimewechsel –, geht es nicht nur um Bildungsstrukturen, Brunnenbohren und Impfkampagnen, sondern ganz zu Beginn um die Schaffung von Sicherheitsstrukturen, den Aufbau einer demokratischen Polizei und Armee und um Grenzsicherung.

(Klaus Barthel [SPD]: Dafür brauchen wir in Saudi-Arabien Panzer?)

Nicht vergessen werden darf die Terrorismusbekämpfung, bei der man auf immer stärkere Waffen trifft.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Mit Panzern in Saudi-Arabien!)

Das wird auch in Nordafrika so sein. Es stellt sich schon die Frage, warum für diese Länder ein grundsätzliches Waffenexportverbot gelten soll. Auch werden wir das Recht eines Landes auf Selbstverteidigung nicht aufgeben können. Leider muss auch die zunehmende Piraterie in manchen Regionen der Welt erwähnt werden, deren Bekämpfung im Interesse aller ist.

Das Thema Rüstungsexport ist vielgestaltig und nicht leicht abzugrenzen. Bei internationalen Kooperationen erreichen deutsche Zulieferungen für Rüstungsprodukte über andere Staaten kritische Regionen. Zu diesen Gütern werden im Übrigen auch Motoren, Getriebe, Fernrohre und teilweise sogar Sitze gezählt. Problematisch sind die Lizenzen für die Produktion von Produktteilen oder vollständigen Produkten.

Wenn von einer vertrauensvollen internationalen Zusammenarbeit ausgegangen werden kann, dann werden auch Wünsche nach Produkten der deutschen Rüstungsindustrie geäußert. In der Vergangenheit sind möglicherweise Entscheidungen getroffen worden, die im Lichte der weiteren Entwicklung zu bedauern sind. Im politischen Handeln wird das wohl nie gänzlich zu vermeiden sein, obwohl deutsche Entscheidungen sorgfältig abgewogen werden. Die deutsche Politik zieht aus solchen Fällen Lehren. Auf jeden Fall ist der Vorwurf einer unkritischen Beurteilung ungerechtfertigt.

So einfach, wie es im Antrag der Grünen steht, ist es nicht. Dort heißt es:

Durch deutsche Rüstungslieferungen werden oft noch Jahre und Jahrzehnte nach der erfolgten Lieferung bestehende Spannungen und Konflikte ausgelöst ...

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Genau!)

So einfach ist die Welt nicht. Diese vereinfachende Sichtweise können wir vernünftigerweise nicht übernehmen.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist eine sehr komplexe Sichtweise!)

Das Fehlen deutscher Waffen führt bestimmt nicht dazu, dass Konflikte beseitigt werden. Waffen werden von Menschen eingesetzt. Es ist ein langer und mühevoller Weg, Menschen davon zu überzeugen, dass die friedliche Lösung von Konflikten und die Überbrückung unterschiedlicher Auffassungen für die Menschen und die Natur besser wären.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Selle, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Duin zulassen?

Johannes Selle (CDU/CSU):

Nein, das möchte ich nicht.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Warum nicht?)

Dem stehen starke Kräfte wie Macht, Einfluss und Geld gegenüber. Gerade am Beispiel Libyens können wir sehen, wie vor keiner Gräueltat haltgemacht wird, um Macht zu retten. Wir werden es leider nicht erleben, dass Waffen auf der Erde keine Rolle mehr spielen.

Der politischen Realität am nächsten kommt noch der Antrag der SPD in seiner Kürze. Aber aus ihm weht uns das Misstrauen gegenüber der Regierung entgegen, wenn er von einer Hintertür spricht, die es gebe. Herr Kollege Barthel hat dieses Misstrauen explizit ausgedrückt. Es gehört zum bekannten parlamentarischen Verhalten, dass die Opposition der Regierung misstraut. Dem Verhalten werden wir nicht folgen. Sorgfältige Abwägung, europäische und internationale Abstimmungen und auch kritische Begleitung sind dem Thema angemessen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Andreas Lämmel hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es wäre für den Redner wunderbar, wenn wir noch etwas ruhiger sein könnten, als wir es schon sind.

Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die fünfte Debatte zum Thema Rüstungsexporte in diesem Jahr, und es soll immer noch etwas Neues geben.

(Klaus Barthel [SPD]: Und nicht die letzte!)

– Es ist noch nicht die letzte. Wir haben noch zwei Monate und fünf Sitzungswochen. Ich denke, es wird schon noch ein interessanter Antrag von Ihnen kommen.

In der ganzen Debatte sind keine wirklich neuen Gesichtspunkte aufgetaucht. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich Deutschland eine strenge Selbstbeschränkung bei Rüstungsexporten auferlegt hat.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Wo denn? Wann denn?)

Diese politischen Grundsätze der Bundesregierung wurden im Jahr 2000 beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, es sind also die Grundsätze einer rot-grünen Regierung. Wenn Sie diese Grundsätze jetzt kritisieren, dann kritisieren Sie Ihr eigenes Tun.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir kritisieren nicht die Grundsätze! Sie halten sich nicht daran!)

In diesen Grundsätzen ist auch die jährliche Vorlage eines Rüstungsexportberichts enthalten. Sie hätten damals die Möglichkeit gehabt, den Rüstungsexportbericht vierteljährlich erstellen zu lassen. Sie haben es nicht gemacht. Also bitte: Die Kritik läuft erst einmal ins Leere, auch wenn ich zugebe, dass der jährliche Rüstungsexportbericht dem Parlament natürlich wesentlich zeitnäher überstellt werden könnte.

(Klaus Barthel [SPD]: Wohl wahr!)

Wenn man sich einmal die Struktur der deutschen Rüstungsexporte anschaut, dann stellt man fest, dass über die Hälfte aller Exporte in europäische Staaten gehen, in NATO-Staaten oder in der NATO gleichgestellte Länder. Der Anteil von Waffenexporten in Entwicklungsländer liegt unterhalb von 10 Prozent. Das muss man ganz einfach zur Kenntnis nehmen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das ist relativ!)

Ich will noch auf zwei Aspekte kurz eingehen. Zum einen an die Linken gerichtet: In Ihren Reihen sitzen noch genügend Kolleginnen und Kollegen, die früher Mitglied der SED waren. Sie erinnern sich vielleicht an den 3. Dezember 1989, als in Kavelstorf bei Rostock eines der größten Waffenlager ausgehoben wurde, das

Herr Schalck-Golodkowski damals unterhalten hat. Wenn man sich die Liste der belieferten Staaten anschaut,

(C)

(Zuruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, dann sieht man, dass Sie die Staaten, die Sie heute in Ihren Anträgen aufführen, mit Waffen in Größenordnungen aller Kaliber – mit leichten Waffen, mit schweren Waffen, mit Panzern – beliefert haben.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

Die DDR hat dazu beigetragen, dass die Welt mit Waffen überschwemmt wurde. Da können Sie doch jetzt nicht den Friedensengel spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer im Glashaus sitzt, sollte schon gelegentlich einmal darüber nachdenken, mit welchen Aktionen man an die Öffentlichkeit tritt.

Nun hat sich Herr Mützenich über das Interview ereifert, das gestern im Rahmen der ARD gelaufen ist. Ich bin bei dem Gespräch natürlich auch nicht dabei gewesen;

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Aber?)

aber zwei Dinge muss man doch einmal festhalten.

Da wurde Herr Adamowitsch, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, angesprochen. Daran kann man natürlich sehen, wie kurz der Weg von einem sozialdemokratischen Staatssekretär zum Waffenlobbyisten geworden ist.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Herr Adamowitsch ist Mitglied der SPD und war auch Staatssekretär für die SPD. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie werden doch Herrn Adamowitsch nicht unterstellen, dass er illegale Geschäfte betreibt.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Darum geht es gar nicht!)

Aber Ihre Unterstellung, dass der deutsche Außenminister die wehrtechnische Industrie dahin gehend unterstützt, illegale Geschäfte zu machen, finde ich schon ein starkes Stück, muss ich Ihnen sagen. Das geht, glaube ich, etwas zu weit; das sollten Sie zurücknehmen. Es geht ja nicht bloß darum, dass Waffen exportiert werden; es werden auch Leistungen exportiert, zum Beispiel Ausbildungsleistungen. Es geht sehr viel in unsere Partnerländer, in NATO-Staaten. An einem solchen Interview festzumachen, es ginge hier um illegale Geschäfte, das sollte die SPD nicht weiterverfolgen. Auch der Bundeswirtschaftsminister setzt sich im internationalen Maßstab für Exporte deutscher Unternehmen in die Welt ein – und das erwarten wir auch von ihm.

Zusammenfassend sage ich: Die Debatte heute hat nicht viel Neues erbracht. Die Anträge, die gestellt worden sind, sind schon genügend kommentiert worden. Ich

Andreas G. Lämmel

- (A) glaube, es ist Zeit, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Ich weise darauf hin, dass ausweislich des Protokolls der Kollege Martin Lindner die Kollegin Wieczorek-Zeul als Heuchlerin bezeichnet hat. Das weise ich als unparlamentarischen Ausdruck ausdrücklich zurück.

Wir kommen zu den namentlichen Abstimmungen über 16 Anträge der Fraktion Die Linke, über den Antrag der Fraktion der SPD und über den ersten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, alle zur Rüstungsexportpolitik. Verabredet ist, diese insgesamt 18 namentlichen Abstimmungen auf einem Stimmzettel durchzuführen. Die Stimmzettel erhalten Sie, falls das noch nicht geschehen ist, von den Parlamentsassistentinnen und -assistenten hier im Saal. Schreiben Sie bitte zunächst Ihren Namen und die Bezeichnung Ihrer Fraktion deutlich für andere lesbar in Druckbuchstaben auf den Stimmzettel. Stimmzettel, die keinen Namenszusatz haben, sind ungültig.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie empfiehlt unter den Buchstaben a bis p seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/6335 die Ablehnung der Anträge der Fraktion Die Linke. Bitte beachten Sie: Es ist verabredet, dass unmittelbar über diese Anträge und nicht über das jeweilige Votum der Beschlussempfehlung abgestimmt wird. Sie stimmen also direkt über die Anträge ab.

- (B) Zu dem Antrag der Fraktion der SPD sowie zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegen keine Beschlussempfehlungen vor.

Auf dem Stimmzettel finden Sie eine Auflistung der 18 abzustimmenden Anträge. Sie können bei jedem einzelnen mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen, indem Sie das entsprechend ankreuzen. Einzelne Abstimmungen mit mehr als einem Kreuz sind ungültig, auch solche, die kein Kreuz enthalten.

Sie können die Kreuze auf Ihrem Stimmzettel gern an Ihrem Platz machen. Nachdem Sie den Stimmzettel ausgefüllt haben, werfen Sie ihn bitte in eine der vorgesehenen Urnen – sobald die Schriftführerinnen und Schriftführer das ermöglichen. Jene bitte ich, jetzt ihren Platz einzunehmen. – Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Da die vollständige Auswertung der Stimmzettel einen erheblichen Zeitaufwand erfordert, werden die Schriftführerinnen und Schriftführer zunächst noch kein zahlenmäßiges Ergebnis ermitteln, sondern nach Sichtung der Stimmzettel feststellen, ob die Anträge angenommen oder abgelehnt wurden. Das vorläufige Ergeb-

nis dieser Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben. (C)

Wir kommen jetzt zu Zusatzpunkt 3. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7355 an die Ausschüsse vorgeschlagen, die Sie in der Tagesordnung finden. – Damit sind Sie einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Auf Verlangen der Fraktion Die Linke unterbrechen wir wegen einer Fraktionssitzung die Plenarsitzung für circa eine Stunde. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelsignal angekündigt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.31 bis 13.41 Uhr)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich komme zurück zu dem Tagesordnungspunkt 4 a bis c. Die Schriftführerinnen und Schriftführer haben mir mitgeteilt, dass die 16 Anträge der Fraktion Die Linke auf den Drucksachen 17/5935 bis 17/5950, der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7336 und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/6931 zum Rüstungsexport mehrheitlich abgelehnt worden sind. Das detaillierte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** wird später im Stenografischen Bericht veröffentlicht.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 31 a bis h sowie den Zusatzpunkt 4 a und b auf:

- 31 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes und zur Änderung des Unterlassungsklagengesetzes** (D)

– Drucksache 17/7235 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Rechtsausschuss

- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2012 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2012)**

– Drucksache 17/7236 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Tourismus
Haushaltsausschuss

- c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Juni 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Seeschifffahrt**

– Drucksache 17/7237 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung